

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.10.2015 und merkte an, dass sich der Aufsichtsrat der GWG in seiner Sondersitzung ebenfalls mit dieser Problematik befasst habe. Da es in dem Antrag im Kern um die Entwicklung der Bautätigkeiten für Wohnraum in den Kommunen – insbesondere im Hinblick auf die aktuelle Flüchtlingssituation - gehe, schlug der Landrat vor, diesen federführend in den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus zu verweisen. Darüber hinaus sei der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration sowie der Ausschuss für Planung und Verkehr zu beteiligen.

Abg. große Deters sagte, dass man mit der Vorgehensweise einverstanden sei und dankte, dass man hinsichtlich der Notwendigkeit zur Beratung dieser Thematik auf Offenheit bei der Verwaltung gestoßen sei.